Ablauf der Referendumsfrist 15. Juni 1960

Bundesgesetz
über
die Nationalstrassen
(Vom 8. März 1960)

Die Bundesversammlung
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf Artikel 23, 36^{bis}, 36^{ter} und 37 der Bundesverfassung,
nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 3. Juli 1959¹⁾,

beschliesst:

Erster Abschnitt

Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

¹ Die wichtigsten Strassenverbindungen von gesamtschweizerischer Bedeutung werden von der Bundesversammlung zu Nationalstrassen erklärt.

I. Nationalstrassen

² Es sind Nationalstrassen erster, zweiter und dritter Klasse zu unterscheiden.

Art. 2

Nationalstrassen erster Klasse sind ausschliesslich für die Benützung mit Motorfahrzeugen bestimmt und nur an besonderen Anschlußstellen zugänglich. Sie weisen für beide Richtungen getrennte Fahrbahnen auf und werden nicht höhengleich gekreuzt.

1. Nationalstrassen
erster Klasse

Art. 3

Nationalstrassen zweiter Klasse sind die übrigen, ausschliesslich dem Verkehr der Motorfahrzeuge offenen Nationalstrassen, die nur an besonderen Anschlußstellen zugänglich sind. Sie werden in der Regel nicht höhengleich gekreuzt.

2. Nationalstrassen
zweiter Klasse

¹⁾ BBl 1959, II, 105.

Art. 4

3. Nationalstrassen dritter Klasse

¹ Nationalstrassen dritter Klasse stehen auch andern Strassenbenützern offen. Wo die Verhältnisse es gestatten, sind Ortsdurchfahrten und höhengleiche Kreuzungen zu vermeiden.

² Der Bundesrat kann den Zugang auf bestimmte Anschlußstellen beschränken.

Art. 5

II. Grundsätze für die Ausgestaltung der Nationalstrassen

¹ Die Nationalstrassen haben hohen verkehrstechnischen Anforderungen zu genügen; sie sollen insbesondere eine sichere und wirtschaftliche Abwicklung des Verkehrs gewährleisten.

² Stehen diesen Anforderungen andere schützwürdige Interessen entgegen, wie insbesondere die Erfordernisse der militärischen Landesverteidigung und der wirtschaftlichen Nutzung des Grundeigentums, die Anliegen der Landesplanung oder des Gewässer-, Natur- und Heimatschutzes, so sind die Interessen gegeneinander abzuwägen.

Art. 6

III. Umgrenzung

1. Im allgemeinen

Zu den Nationalstrassen gehören neben dem Strassenkörper alle Anlagen, die zur technisch richtigen Ausgestaltung der Strassen erforderlich sind, insbesondere Kunstbauten, Anschlüsse, Rastplätze, Signale, Einrichtungen für den Betrieb und Unterhalt der Strassen, Bepflanzungen sowie Böschungen, deren Bewirtschaftung dem Anstösser nicht zugemutet werden kann.

Art. 7

2. Nebenanlagen

¹ Wo der seitliche Zugang zu den Nationalstrassen verboten ist, können nach Massgabe der Bedürfnisse des Verkehrs Anlagen für die Abgabe von Treib- und Schmierstoffen sowie mit solchen Anlagen verbundene Erfrischungsräume und Kioske auf Strassengebiet errichtet werden.

² Der Bundesrat stellt die nötigen Grundsätze über die Errichtung der Nebenanlagen auf.

³ Unter Vorbehalt der Projektgenehmigung durch die zuständigen Bundesbehörden ist die Erteilung der erforderlichen Rechte für den Bau, die Erweiterung und den Betrieb der Nebenanlagen Sache der Kantone.

Art. 8

IV. Hoheit und Eigentum

¹ Die Nationalstrassen stehen unter Vorbehalt der Befugnisse des Bundes unter der Hoheit der Kantone.

² Das kantonale Recht ordnet die Eigentumsverhältnisse an diesen Strassen.

Zweiter Abschnitt

Bau der Nationalstrassen*A. Planung und generelle Projektierung*

Art. 9

Die Planung hat abzuklären, welche Gebiete eine Verbindung durch Nationalstrassen benötigen und welche allgemeinen Linienführungen und Strassenarten in Betracht fallen.

I. Planung
1. Aufgabe

Art. 10

Die Planung wird vom Eidgenössischen Amt für Strassen- und Flussbau in Zusammenarbeit mit den interessierten Bundesstellen und Kantonen durchgeführt.

2. Zuständigkeit

Art. 11

¹ Die Bundesversammlung entscheidet auf Antrag des Bundesrates endgültig über die allgemeine Linienführung und die Art der zu errichtenden Nationalstrassen.

3. Entscheid

² Der Bundesrat legt nach Anhören der Kantone das Bauprogramm fest.

Art. 12

Die Nationalstrassen sind in generellen Projekten darzustellen. Aus den Plänen müssen insbesondere die Linienführung der Strassen, die Anschlußstellen und die Kreuzungsbauwerke ersichtlich sein.

II. Generelle Projektierung
1. Aufgabe

Art. 13

Die generelle Projektierung wird vom Eidgenössischen Amt für Strassen- und Flussbau in Zusammenarbeit mit den interessierten Bundesstellen und Kantonen durchgeführt.

2. Zuständigkeit

Art. 14

¹ Das Eidgenössische Departement des Innern kann zur vorsorglichen Freihaltung des Strassenraumes nach Anhören der Kantone Projektierungszonen festlegen.

3. Vorsorgliche Freihaltung des Strassenraumes
a. Errichtung von Projektierungszonen

² Wo die Projektierungszonen nach dem kantonalen Recht gesichert werden können, bleibt dessen Anwendung vorbehalten.

³ Die Festlegung der Projektierungszonen ist in den Gemeinden öffentlich bekanntzumachen. Gegen diese Verfügung kann beim Bundesrat Be-

schwerde gemäss Artikel 124 ff. des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 1943 über die Organisation der Bundesrechtspflege geführt werden.

⁴ Die bereinigten Zonenpläne sind in den Gemeinden zur Einsicht offenzuhalten. Die Projektierungszonen werden mit ihrer Veröffentlichung rechtswirksam.

Art. 15

b. Wirkungen

¹ Innerhalb der Projektierungszonen dürfen ohne Bewilligung keine Neubauten oder wertvermehrende Umbauten ausgeführt werden. Der Bundesrat kann weitere, den künftigen Landerwerb erschwerende oder verteuernende Verfügungen über das Grundeigentum der Bewilligungspflicht unterstellen.

² Unabhängig von der Einleitung oder dem Ausgang eines Strafverfahrens können die Kantone auf Kosten des Widerhandelnden die nötigen Massnahmen zur Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes treffen.

Art. 16

c. Gründe zur Erteilung von Baubewilligungen, Zuständigkeit

¹ Bauliche Massnahmen innerhalb der Projektierungszonen können bewilligt werden, wenn sie den Strassenbau nicht erschweren oder verteuern und die Festlegung der Baulinien nicht beeinträchtigen.

² Über Baugesuche entscheiden unter Vorbehalt von Absatz 3 die von den Kantonen bezeichneten Behörden. Die Baubewilligung bedarf zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Eidgenössischen Departements des Innern.

³ Über Baugesuche von Bundesstellen und Eisenbahnen befindet der Bundesrat.

Art. 17

d. Aufhebung der Projektierungszonen

¹ Die Projektierungszonen fallen mit der rechtskräftigen Festlegung der Baulinien, spätestens aber mit dem Ablauf von fünf Jahren dahin.

² Sie sind durch das Eidgenössische Departement des Innern schon vorher aufzuheben, wenn feststeht, dass die durch sie gesicherten Varianten einer Linienführung nicht ausgeführt werden. Die Aufhebung der Projektierungszonen ist in den Gemeinden öffentlich bekanntzumachen.

Art. 18

e. Entschädigung. Festsetzungsverfahren

¹ Die Beschränkung des Grundeigentums durch Projektierungszonen begründet nur dann einen Anspruch auf Entschädigung, wenn sie in ihrer Wirkung einer Enteignung gleichkommt.

² Der Betroffene hat seine Ansprüche dem Kanton schriftlich anzumelden. Werden die Ansprüche ganz oder teilweise bestritten, so ist das in Artikel 57 ff. des Bundesgesetzes vom 20. Juni 1930 über die Enteignung vorgesehene Verfahren einzuleiten.

Art. 19

¹ Das Eidgenössische Amt für Strassen- und Flussbau unterbreitet die generellen Projekte den interessierten Kantonen. Diese laden die durch den Strassenbau betroffenen Gemeinden und allenfalls die Grundeigentümer zur Stellungnahme ein. Die Kantone übermitteln ihre Vorschläge unter Beilage der Vernehmlassungen der Gemeinden dem Eidgenössischen Amt für Strassen- und Flussbau.

4. Bereinigung und Genehmigung der generellen Projekte
a. Bereinigungsverfahren

² Auf Grund der Vernehmlassungen bereinigt das Eidgenössische Amt für Strassen- und Flussbau in Zusammenarbeit mit den interessierten Bundesstellen und Kantonen die generellen Projekte.

Art. 20

Der Bundesrat genehmigt die generellen Projekte.

5. Genehmigung der generellen Projekte

B. Ausführungsprojekte

Art. 21

¹ Nach der Genehmigung der generellen Projekte sind von den Kantonen in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Amt für Strassen- und Flussbau sowie den interessierten Bundesstellen die Ausführungsprojekte auszuarbeiten. Sie geben Aufschluss über Art, Umfang und Lage des Werkes samt allen Nebenanlagen, die Einzelheiten seiner bautechnischen Gestaltung und die Baulinien.

1. Ausarbeitung der Ausführungsprojekte

² Der Bundesrat erlässt Vorschriften über die Beschaffenheit der Ausführungsprojekte und Pläne, die öffentlich aufzulegen und dem Eidgenössischen Departement des Innern zur Genehmigung einzureichen sind.

Art. 22

In den Ausführungsprojekten sind beidseits der projektierten Strasse Baulinien festzulegen. Bei ihrer Bemessung ist namentlich auf die Anforderungen der Verkehrssicherheit und der Wohnhygiene sowie auf die Bedürfnisse eines allfälligen künftigen Ausbaues der Strasse Rücksicht zu nehmen.

2. Freihaltung des Strassenraumes
a. Festlegung der Baulinien

Art. 23

¹ Zwischen den Baulinien dürfen ohne Bewilligung weder Neubauten erstellt noch Umbauten vorgenommen werden, auch wenn diese von der Baulinie nur angeschnitten werden. Bauarbeiten, die zum Unterhalt eines Gebäudes notwendig sind, gelten nicht als Umbauten im Sinne dieser Bestimmung.

b. Wirkungen

² Unabhängig von der Einleitung oder dem Ausgang eines Strafverfahrens können die Kantone auf Kosten des Widerhandelnden die nötigen Massnahmen zur Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes treffen.

Art. 24

c. Gründe zur
Erteilung von
Baubewilligun-
gen, Zuständig-
keit

¹ Bauliche Massnahmen innerhalb der Baulinien sind unter Vorbehalt strengerer Bestimmungen des kantonalen Rechtes zu bewilligen, wenn die gemäss Artikel 22 zu wahren öffentlichen Interessen nicht verletzt werden.

² Über Baugesuche entscheiden unter Vorbehalt von Absatz 3 die von den Kantonen bezeichneten Behörden. Die Baubewilligung bedarf zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Eidgenössischen Departements des Innern.

³ Über Baugesuche von Bundesstellen und Eisenbahnen befindet der Bundesrat.

Art. 25

d. Entschädi-
gung,
Festsetzungs-
verfahren

¹ Die Beschränkung des Grundeigentums durch Baulinien begründet nur dann einen Anspruch auf Entschädigung, wenn sie in ihrer Wirkung einer Enteignung gleichkommt.

² Für die Entschädigungspflicht und die Bemessung der Entschädigung sind die Verhältnisse bei Inkrafttreten der Eigentumsbeschränkung (Art. 29) massgebend.

³ Der Betroffene hat seine Ansprüche innert fünf Jahren seit Inkrafttreten der Eigentumsbeschränkung dem Kanton schriftlich anzumelden. Werden die Ansprüche ganz oder teilweise bestritten, so ist das in Artikel 57 ff. des Bundesgesetzes vom 20. Juni 1930 über die Enteignung vorgesehene Verfahren einzuleiten.

Art. 26

3. Bereinigungs-
und Genehmig-
ungsverfahren
a. Projekt-
aufgabe

Die Kantone legen die Ausführungsprojekte in den Gemeinden öffentlich auf. Die durch den Strassenbau bedingten Veränderungen im Gelände sind durch Aussteckungen kenntlich zu machen.

Art. 27

b. Einsprache-
verfahren

¹ Innerhalb der Auflagefrist von 30 Tagen können beim Kanton schriftlich und mit Begründung Einsprachen gegen das Ausführungsprojekt oder die darin enthaltenen Baulinien erhoben werden.

² Über die Einsprachen entscheidet die zuständige kantonale Behörde.

Art. 28

c. Genehmigung
der Ausführungs-
projekte

¹ Das Eidgenössische Departement des Innern genehmigt die bereinigten Ausführungsprojekte.

² Bewirkt der Entscheid des Eidgenössischen Departements des Innern eine wesentliche Ergänzung oder Änderung der Ausführungsprojekte, so sind diese zur Durchführung eines neuen Einspracheverfahrens anzusetzen.

rens aufzulegen; berührt die Planbereinigung eine verhältnismässig kleine Zahl von Einspracheberechtigten, ist sie den Betroffenen unter Einräumung einer Einsprachefrist von 30 Tagen zur Kenntnis zu bringen.

Art. 29

Die mit den Ausführungsprojekten genehmigten Baulinien sind in den Gemeinden öffentlich bekanntzumachen und die Pläne zur Einsicht offenzuhalten. Die Baulinien werden mit ihrer Veröffentlichung rechtswirksam.

d. Öffentlichkeit
der Baulinien-
pläne

C. Landerwerb und Massnahmen im Interesse der Bodennutzung

Art. 30

¹ Das für den Bau der Nationalstrassen erforderliche Land ist, sofern ein freihändiger Erwerb ausser Betracht fällt, im Landumlegungs- oder Enteignungsverfahren zu erwerben.

I. Landerwerb
1. Arten

² Das Enteignungsverfahren kommt erst zur Anwendung, wenn die Bemühungen für einen freihändigen Erwerb oder für eine Landumlegung nicht zum Ziele führen.

Art. 31

¹ Das Landumlegungsverfahren in der Form der landwirtschaftlichen Güterzusammenlegung, der Waldzusammenlegung oder der Umlegung von Bauland wird angewendet, wenn es im Interesse des Strassenbaues liegt oder für die bestimmungsgemässe Verwendung und Bewirtschaftung des durch den Strassenbau beeinträchtigten Bodens notwendig ist.

2. Landerwerb
im Landumle-
gungsverfahren

² Die im Landumlegungsverfahren zu treffenden Massnahmen können bestehen:

- a. im Einwerfen von Grundstücken des Gemeinwesens in das Landumlegungsunternehmen;
- b. in der Vornahme angemessener Abzüge von dem im Landumlegungsverfahren erfassten Grundeigentum. Das auf diesem Wege für den Strassenbau abgetretene Land ist dem Landumlegungsunternehmen zum Verkehrswert zu vergüten;
- c. in der Anrechnung von Mehrwerten, die durch den Strassenbau mittels Bodenverbesserungen an Grundstücken geschaffen werden;
- d. in andern durch das kantonale Recht vorgesehenen Verfahren.

Art. 32

¹ Die Kantone besorgen den Landerwerb; sie bestimmen die hiefür anwendbare Erwerbsart.

3. Zuständig-
keit

² Sie ordnen im Rahmen der nachstehenden Vorschriften das Verfahren für die Landumlegungen. Für Güter- und Waldzusammenlegungen bleiben die entsprechenden Bestimmungen der Bundesgesetzgebung über die Förderung der Landwirtschaft und die Erhaltung des Bauernstandes sowie der Bundesgesetzgebung betreffend die eidgenössische Oberaufsicht über die Forstpolizei vorbehalten.

Art. 33

4. Besondere
Verfahrens-
vorschriften
für Güter- und
Waldzusammen-
legungen
a. Aufstellung
von
Vorprojekten

¹ Soweit Güter- oder Waldzusammenlegungen in Aussicht genommen werden, sind wenn möglich gleichzeitig mit den generellen Strassenprojekten Vorprojekte für die Zusammenlegung aufzustellen. Diese enthalten insbesondere die voraussichtlichen Grenzen der einzubeziehenden Gebiete, das anzulegende Wegnetz und die wichtigsten wasserbaulichen Anlagen.

² Die Vorprojekte sind von den Kantonen auszuarbeiten. Das Eidgenössische Amt für Strassen- und Flussbau übt im Einvernehmen mit dem Eidgenössischen Meliorationsamt und den andern interessierten Bundesstellen die Oberaufsicht aus.

Art. 34

b. Zusammen-
legungen gemäss
Art. 703 ZGB

Den Grundeigentümern kann eine angemessene Frist angesetzt werden, innerhalb welcher sie über die Durchführung einer Güter- oder Waldzusammenlegung gemäss Artikel 703 des Zivilgesetzbuches zu beschliessen haben. Hierbei ist der Entscheid über die vom Strassenbau zu übernehmenden Kosten der Zusammenlegung bekanntzugeben.

Art. 35

c. Genehmi-
gung der Neu-
zuteilungs-
entwürfe

Die Neuzuteilungsentwürfe sind von den Kantonen dem Eidgenössischen Amt für Strassen- und Flussbau zur Genehmigung einzureichen. Dieses prüft, ob die Interessen des Strassenbaues gewahrt sind; die Subventionsbehörden überwachen die Einhaltung der Subventionsvorschriften.

Art. 36

5. Verfügte
Land-
umlegungen

Die kantonale Regierung kann für den Strassenbau notwendige Landumlegungen verfügen.

Art. 37

6. Vorzeitige
Besitzeinwei-
sung

Die zuständige kantonale Behörde beschliesst über die vorzeitige Inbesitznahme des erforderlichen Landes, wenn mit dem Strassenbau vor Abschluss des Landumlegungsverfahrens begonnen werden muss. Vorher sind die Betroffenen anzuhören und alle für die Bewertung des Landes nötigen Vorkehren zu treffen.

Art. 38

¹ Die durch den Strassenbau verursachten Mehrkosten von Landumlegungen in zusammenlegungsbedürftigen Gebieten gehen zu Lasten des Strassenbaues. Werden wegen des Strassenbaues in zusammengelegten Gebieten oder in Gegenden mit Hofsiedlung neue Landumlegungen nötig, so gehen alle Kosten zu dessen Lasten.

² Das Eidgenössische Departement des Innern entscheidet im Einvernehmen mit den interessierten Departementen des Bundes im Einzelfalle über die Kostenanrechnung.

7. Kostenanrechnung

Art. 39

¹ Die Enteignung erfolgt unter Vorbehalt der Absätze 2 und 3 dieses Artikels nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 20. Juni 1930 über die Enteignung. Das Enteignungsrecht wird den Kantonen im Sinne von Artikel 3, Absatz 2, des Enteignungsgesetzes übertragen. Die Kantone sind befugt, das Enteignungsrecht den Gemeinden zu übertragen.

8. Enteignung

² Wird der Landerwerb auf dem Enteignungswege durchgeführt, so übermittelt die zuständige kantonale Behörde dem Präsidenten der Schätzungskommission die Pläne des nach Behandlung der Einsprachen genehmigten Ausführungsprojektes (Art. 27 und 28), unter Beifügung des Enteignungsplanes und der Grunderwerbstabelle. Das Enteignungsverfahren beschränkt sich auf die Behandlung der angemeldeten Forderungen (Art. 30, Abs. 1, Buchstabe c, des Enteignungsgesetzes). Einsprachen gegen die Enteignung sowie Begehren, die eine Planänderung bezwecken, sind ausgeschlossen.

³ Auf Verlangen des Enteigners ist ihm nach Durchführung der Einigungsverhandlung über die Forderungsanmeldungen die vorzeitige Besitzeinweisung zu bewilligen, unter Verzicht auf den in Artikel 76, Absatz 1, des Enteignungsgesetzes geforderten Nachweis, dass ihm sonst bedeutende Nachteile entstehen müssten.

Art. 40

Die Kantone haben den infolge Durchschneidung und Trennung von Grundstücken entstehenden Nachteilen auch dort durch geeignete Massnahmen entgegenzuwirken, wo das für die Strasse erforderliche Land freihändig erworben oder enteignet wird.

II. Massnahmen im Interesse der Bodennutzung

D. Bau und künftige bauliche Massnahmen

Art. 41

¹ Die Nationalstrassen sind nach den neuesten Erkenntnissen der Strassenbautechnik und nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu erstellen.

I. Bau
1. Bauverfahren, Vergebung und Überwachung der Bauarbeiten

² Die Kantone vergeben und überwachen die Bauarbeiten nach den vom Bundesrat bestimmten Grundsätzen.

Art. 42

2. Schutz-
vorkehren
während des
Baus

¹ Die Kantone treffen diejenigen Vorkehren, die zur Sicherheit des Baues sowie zur Vermeidung der Gefahr für Personen und Sachen und von unzumutbaren Belästigungen der Anwohner notwendig sind.

² Werden durch die Bauarbeiten öffentliche Einrichtungen, wie Verkehrswege, Leitungen und ähnliche Anlagen betroffen, so ist nach Massgabe des öffentlichen Interesses für deren Fortbenützung zu sorgen.

³ Die wirtschaftliche Nutzung des Grundeigentums während des Strassenbaues ist sicherzustellen.

Art. 43

3. Übergabe
an den Verkehr

Die Nationalstrassen dürfen dem Verkehr erst übergeben werden wenn der Stand der Bauarbeiten und die getroffenen Sicherheitsvorkehren einen gefahrlosen Verkehr gestatten und wenn die wirtschaftliche Nutzung des umliegenden Grundeigentums sichergestellt ist.

Art. 44

II. Künftige
bauliche
Massnahmen
1. Bewilligungs-
pflicht

¹ Bauliche Umgestaltungen im Bereiche von Nationalstrassen, wie die Erstellung, Änderung oder Verlegung von Kreuzungen von andern Verkehrswegen, Gewässern, Seilbahnen, Leitungen und ähnlichen Anlagen sowie von Einmündungen von Strassen und Wegen in die Nationalstrassen, sind bewilligungspflichtig. Sie dürfen die Strassenanlage und einen allfälligen künftigen Ausbau nicht beeinträchtigen.

² Der Bundesrat ordnet das Bewilligungsverfahren und bezeichnet die zuständigen Instanzen. Die Eigentümer bestehender Verkehrsanlagen sind im Bewilligungsverfahren anzuhören. Die Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 24. Juni 1902 betreffend die elektrischen Schwach- und Starkstromanlagen bleiben vorbehalten.

³ Unabhängig von der Einleitung oder dem Ausgang eines Strafverfahrens können die Kantone auf Kosten des Widerhandelnden die nötigen Massnahmen zur Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes treffen.

Art. 45

2. Verteilung der
Kosten von
Verlegungs-,
Kreuzungs- und
Anschluss-
bauwerken
a. Neue Anlagen

¹ Beeinträchtigt eine neue Nationalstrasse bestehende Verkehrswege, Leitungen und ähnliche Anlagen oder beeinträchtigen neue derartige Anlagen eine bestehende Nationalstrasse, so fallen die Kosten aller Massnahmen, die zur Behebung der Beeinträchtigung erforderlich sind, auf die neue Anlage.

² Wird eine neue öffentliche Strasse an eine bestehende Nationalstrasse angeschlossen, so ist die Kostenverteilung durch die Beteiligten zu vereinbaren.

Art. 46

¹ Sind Kreuzungen von Nationalstrassen mit andern öffentlichen Strassen durch bauliche Massnahmen zu verbessern, so hat jeder Träger der Strassenbaulast in dem Umfange an die Bau- und Unterhaltskosten der Umgestaltung beizutragen, als diese durch die Entwicklung des Verkehrs bedingt ist.

b. Änderung bestehender Kreuzungen

² Die Verteilung der Kosten von Änderungen bestehender Kreuzungen zwischen Nationalstrassen und Eisenbahnen richtet sich nach den Bestimmungen des Eisenbahngesetzes vom 20. Dezember 1957.

Art. 47

¹ Artikel 45, Absatz 1, und 46, Absatz 1, sind nicht anwendbar, soweit zwischen den Beteiligten abweichende Vereinbarungen über die Kosten bestehen oder getroffen werden.

c. Abweichende Kostenregelung, Entscheid bei Streitigkeiten

² Das Bundesgericht entscheidet im verwaltungsrechtlichen Verfahren nach den Vorschriften des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 1943 über die Organisation der Bundesrechtspflege als einzige Instanz über Streitigkeiten, die aus diesen Bestimmungen über die Kostenverteilung entstehen.

Art. 48

Der Bundesrat bestimmt die Grundsätze für die Anrechnung der Kosten von Anpassungsarbeiten an bestehenden militärischen Verteidigungsanlagen, welche durch die Erstellung von Nationalstrassen bedingt sind.

3. Verteilung der Kosten von Anpassungen an militärischen Verteidigungsanlagen

Dritter Abschnitt

Unterhalt der Nationalstrassen und Betrieb der technischen Einrichtungen und Nebenanlagen

Art. 49

Die Nationalstrassen und ihre technischen Einrichtungen sind von den Kantonen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten derart zu unterhalten und zu betreiben, dass ein sicherer und flüssiger Verkehr gewährleistet ist.

I. Strassenunterhalt, Betrieb der technischen Einrichtungen

Art. 50

Der Betrieb der Nebenanlagen untersteht insbesondere den Vorschriften über die Gewerbe-, Gesundheits- und Wirtschaftspolizei sowie

II. Betrieb der Nebenanlagen

den von den zuständigen Behörden verbindlich erklärten Regelungen über das Arbeitsverhältnis. Soweit indessen die Bedürfnisse des Verkehrs es erfordern, kann der Bundesrat abweichende Vorschriften aufstellen.

Art. 51

III. Massnahmen zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit
1. Verbot sichtbehindernder Einrichtungen

¹ Innerhalb der Baulinien sind Bepflanzungen, Einfriedigungen, Anhäufungen von Material und Einrichtungen, welche durch Sichtbehinderung die Verkehrssicherheit gefährden, verboten; sie sind, soweit sie bereits bestehen, auf Verlangen des Strasseneigentümers zu beseitigen.

² Für den hieraus entstehenden Schaden ist angemessener Ersatz zu leisten. Kann die Entschädigung nicht vereinbart werden, so wird sie gemäss Artikel 60, Absatz 2, des Bundesgesetzes über die Enteignung durch den Präsidenten der Schätzungskommission festgelegt.

Art. 52

2. Schutzeinrichtungen

¹ Vorübergehende Einrichtungen zum Schutze der Strassen vor nachteiligen Einwirkungen der Natur, die ausserhalb des Strassengebietes angelegt werden müssen, sind von den Grundeigentümern zu dulden.

² Für den hieraus entstehenden Schaden ist angemessener Ersatz zu leisten. Kann die Entschädigung nicht vereinbart werden, so wird sie gemäss Artikel 60, Absatz 2, des Bundesgesetzes über die Enteignung durch den Präsidenten der Schätzungskommission festgelegt.

Art. 53

3. Reklameverbot

¹ Im Bereiche der Nationalstrassen sind Reklamen und Ankündigungen nach Massgabe des Bundesgesetzes vom 19. Dezember 1958 über den Strassenverkehr untersagt.

² Der Bundesrat erlässt hinsichtlich der Nationalstrassen besondere Ausführungsbestimmungen.

Vierter Abschnitt

Oberaufsicht des Bundes

Art. 54

I. Oberaufsicht

¹ Die Nationalstrassen unterstehen der Oberaufsicht des Bundesrates; dieser trifft insbesondere die Anordnungen, die zur Gewährleistung einer kunstgerechten Projektierung, eines wirtschaftlichen Bauvorganges, einer genügenden Baukontrolle und eines zweckmässigen Unterhaltes notwendig sind. Wo es die Verhältnisse erfordern, sorgt der Bundesrat für eine gemeinsame Ausführung der Projektierungs-, Bau- und Unterhaltsarbeiten durch die beteiligten Kantone.

² Der Bundesrat lässt die Oberaufsicht durch das Eidgenössische Departement des Innern ausüben.

Art. 55

¹ Durch Verfügung des Bundesrates kann der Bund die einem Kanton nach Massgabe dieses Gesetzes obliegenden Aufgaben ganz oder teilweise übernehmen:

II. Ersatz-
vornahme

wenn dieser darum nachsucht und nach den tatsächlichen Verhältnissen ausserstande ist, die entsprechenden Aufgaben selbst gehörig zu besorgen,

wenn die Sicherstellung des Werkes es erfordert und sich der Kanton weigert, innerhalb einer vom Bundesrat festzusetzenden angemessenen Frist die ihm übertragenen Aufgaben auszuführen.

² Die Kosten sind auch in diesen Fällen nach den Bestimmungen der Artikel 56 bis 58 zu verteilen.

Fünfter Abschnitt

Finanzierung der Nationalstrassen

Art. 56

Die Erstellungskosten der Nationalstrassen gehen zu Lasten des Bundes und der Kantone, auf deren Gebiet die Strassen liegen. Der Anteil der Kantone bemisst sich nach ihrer Belastung durch die Nationalstrassen, ihrem Interesse und ihrer Finanzkraft.

I. Kosten-
verteilung
1. Erstellungskosten

Art. 57

¹ Die Kosten des Unterhaltes der Nationalstrassen und des Betriebes ihrer technischen Einrichtungen gehen unter Vorbehalt von Absatz 2 zu Lasten der Kantone.

2. Betriebs-
und Unterhaltskosten

² In besonderen Fällen können den Kantonen für den Unterhalt der Nationalstrassen und den Betrieb der zugehörigen technischen Einrichtungen Bundesbeiträge ausgerichtet werden, die nach der ihnen aus dem Unterhalt erwachsenden Belastung, nach ihrem Interesse und ihrer Finanzkraft zu bemessen sind.

Art. 58

¹ Die Einzelheiten der Finanzierung der Nationalstrassen werden durch allgemein verbindlichen Bundesbeschluss geregelt.

3. Zuständig-
keit

² Der Bundesrat entscheidet im Einzelfalle über die Verteilung der Erstellungskosten der Nationalstrassen auf Bund und Kantone, und er befindet über die Gewährung von Beiträgen an den Betrieb und Unterhalt der Strassen.

Art. 59

II. Beschaffung
der Mittel

Der Bund leistet seinen Anteil und seine Beiträge aus dem für die Nationalstrassen bestimmten Teil des Reinertrages des Zolles auf Treibstoffen für motorische Zwecke sowie allfälligen, gemäss Artikel 96^{ter}, Absatz 2, der Bundesverfassung beschlossenen zusätzlichen Mitteln.

Sechster Abschnitt

Ausführungs-, Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 60

I. Vollzug des
Gesetzes
1. Durch den
Bundesrat

Der Bundesrat erlässt die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Vorschriften und überwacht den Vollzug.

Art. 61

2. Durch die
Kantone

¹ Die Kantone regeln im Rahmen dieses Gesetzes die Zuständigkeiten zur Erfüllung der ihnen zugewiesenen Aufgaben und das dabei anwendbare Verfahren.

² Soweit das Gesetz zu seiner Ausführung der Ergänzung durch kantonale Bestimmungen bedarf, sind die Kantone zu ihrem Erlass verpflichtet. Solche Bestimmungen bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung durch den Bundesrat. Sie können auf dem Verordnungswege erlassen werden.

³ Hat ein Kanton die zur Anwendung dieses Gesetzes notwendigen Anordnungen nicht rechtzeitig getroffen, so erlässt der Bundesrat vorläufig die erforderlichen Verordnungen an Stelle des Kantons unter Anzeige an die Bundesversammlung.

Art. 62

II. Übergangs-
bestimmung
für Ent-
eignungen

Enteignungsverfahren, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes nach kantonalem Recht eingeleitet worden sind, werden nach den Bestimmungen des angewandten Rechtes zu Ende geführt.

Art. 63

III. Änderung
von Gesetzen.
1. Bundesgesetz
über den
Strassenverkehr

Artikel 2, Absatz 3, des Bundesgesetzes vom 19. Dezember 1958 über den Strassenverkehr wird durch folgende Fassung ersetzt:

«Der Bundesrat erlässt ein Verzeichnis der nur für Motorfahrzeuge offenen Strassen. Er bezeichnet, soweit nicht die Bundesversammlung zuständig ist, diese Strassen nach Anhören oder auf Antrag der beteiligten Kantone. Er bestimmt, welche Arten von Motorfahrzeugen auf solchen Strassen verkehren dürfen.»

Art. 64

Artikel 80, II, des Bundesgesetzes vom 26. März 1914 über die Organisation der Bundesverwaltung wird durch folgende Fassung ersetzt:

«II. Eidgenössisches Amt für Strassen- und Flussbau

1. Vorbereitung und Vollzug der Bundesgesetzgebung über die Wasserbaupolizei.
2. Vorbereitung und Vollzug der Bundesgesetzgebung über die Nationalstrassen und die Verteilung des Anteils der Kantone am Reinertrag des Zolles auf Treibstoffen für motorische Zwecke.
3. Überwachung der Ausführung und des Unterhaltes von Gewässerkorrekturen, Strassen und andern öffentlichen, mit Bundesmitteln unterstützten Bauwerken, die der Aufsicht des Amtes unterstehen, Begutachtung der Projekte; Abrechnung und Anweisung der Bundesbeiträge.
4. Begutachtung von Entwürfen für Brücken über Gewässer, die mit Bundesbeiträgen korrigiert worden sind.
5. Vorbereitung von Verträgen mit dem Auslande auf diesen Gebieten, in Verbindung mit dem Eidgenössischen Politischen Departement; Überwachung der Ausführung der Verträge.»

2. Bundesgesetz
über die
Organisation
der Bundes-
verwaltung

Art. 65

Für den Ausstand und die Ablehnung der Mitglieder und Ersatzmänner der Schätzungskommissionen findet Artikel 22, Absatz 1, Buchstabe c, des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 1943 über die Organisation der Bundesrechtspflege keine Anwendung.

IV. Ausstand
von Mitgliedern
oder Ersatz-
männern der
enteignungs-
rechtlichen
Schätzungs-
kommissionen

Art. 66

Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes.

V. Inkraft-
treten

Also beschlossen vom Nationalrat,

Bern, den 8. März 1960.

Der Präsident: **Gaston Clottu**

Der Protokollführer: **Ch. Oser**

Also beschlossen vom Ständerat,

Bern, den 8. März 1960.

Der Präsident: **G. Despland**

Der Protokollführer: **F. Weber**

Der Schweizerische Bundesrat beschliesst:

Das vorstehende Bundesgesetz ist gemäss Artikel 89, Absatz 2 der Bundesverfassung und Artikel 3 des Bundesgesetzes vom 17. Juni 1874 betreffend Volksabstimmung über Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse zu veröffentlichen.

Bern, den 8. März 1960.

Im Auftrag des Schweizerischen Bundesrates,

Der Bundeskanzler:

Ch. Oser

Datum der Veröffentlichung: 17. März 1960

Ablauf der Referendumsfrist: 15. Juni 1960

Bundesgesetz über die Nationalstrassen (Vom 8. März 1960)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1960
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	11
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	17.03.1960
Date	
Data	
Seite	1137-1152
Page	
Pagina	
Ref. No	10 040 890

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.